

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort

**Christopher Vogt, MdL**  
*Vorsitzender*

**Anita Klahn, MdL**  
*Stellvertretende Vorsitzende*

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 217/2020  
Kiel, Freitag, 19. Juni 2020

Digitales/ Open-Source-Software

## Stephan Holowaty zu TOP 68 „Nutzung von Open-Source-Software“

In seiner Rede zu TOP 68 (Nutzung von Open-Source-Software) erklärt der digitalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Stephan Holowaty:

„Die Jamaika-Koalition hat in der Tat vereinbart, den Einsatz von Open-Source-Software im Land voranzutreiben. Es ist im sogenannten Backend, also bei den Servern, schon seit jeher der Fall gewesen, dass Software nach Anforderungen eingesetzt wird. Mit der Umstellung von rund 25.000 Arbeitsplätzen im Land Schleswig-Holstein auf Open-Source-Software hat das zuständige Ministerium ein extrem ambitioniertes Projekt gestartet. Schleswig-Holstein wird mit diesem Projekt ein Zeichen für Open-Source-Software setzen. Eine erfolgreiche Umsetzung wird ein Meilenstein und ein Vorbild für andere Verwaltungen sein. Es gilt 25.000 Arbeitsplätze, Betriebssysteme und Arbeitsplatzsoftware mit größtenteils neuem Aussehen, neuer Bedienung und neuen oder zumindest anderen Funktionen auszustatten. Das sind 25.000 Arbeitsplätze mit unterschiedlichsten technischen Voraussetzungen, mit unterschiedlichsten Anschlüssen, unterschiedlichsten Supportstrukturen und Softwareverteilungsmechanismen.

Ob Formulare in Microsoft Word, Kalkulationsmodelle in Excel, Präsentationvorlagen in PowerPoint, aber auch Datenbankabfragen von Excel im Frontend zu beliebigen Systemen im Backend, der Datenaustausch zwischen Behörden im Land, mit dem Bund und den Kommunen, aber auch zwischen Behörden und Bürgern, das ist eine Herkulesaufgabe, die Sie da mit Vollgas angehen. 25.000 Benutzer, die umgeschult werden müssen, die zusätzlichen Support brauchen, die ihre Vorlagen oder Kalkulationsmodelle neu erstellen müssen. Dafür, Herr Minister, meinen Respekt, dass Sie diese große Aufgabe mit einem klaren Zeitplan – bis 2025 – angehen. Sie wissen, die Stadt München ist vor einigen Jahren mit einem derartigen Projekt krachend gescheitert. Aber dies sind auch Erfahrungen, die, da bin ich mir sicher, in Ihr Projekt einfließen. Erfahrungen, aus denen Sie lernen, Probleme,

die in Ihrem Projekt vermieden werden. Deshalb habe ich großes Vertrauen, dass Sie und Ihr Team dieses Projekt gut umgesetzt bekommen.

Aber wir sollten auch die Erwartungen richtig setzen – da geht mein Blick auch zur Finanzministerin. Open Source hat sicher viel Gutes – ein Kostensparmodell ist dieses Projekt in Gänze aber ganz bestimmt nicht. Was auf der einen Seite an Lizenzkosten eingespart werden kann, geht auf der anderen Seite in die Schulung der Mitarbeiter, die Transitionsprozesse, die Umstellung der vorhandenen Vorlagen und Kalkulationsmodelle und in die Services. Dieses Projekt kann auch eine Chance für die Digitalwirtschaft, für selbständige Berater und Trainer, für die vielen freiberuflichen LibreOffice-Experten hier im Land, sein. Binden Sie diese mit ein! Viele Behörden und Kommunen hier im Lande setzen im Übrigen noch Office 2010 auf Basis von Windows 7 ein. Das ist – mit Verlaub gesagt – Uraltsoftware direkt am Supportende mit altersbedingten Schwachstellen. Das geht jeder zehn oder 15 Jahre alten Software so, unabhängig vom Lizenzmodell. Es ist also die richtige Zeit zum Handeln, auch am Arbeitsplatz.

Aber die Erneuerung der Arbeitsplatzsoftware ist noch keine Digitalisierung. Dieses wichtige Projekt ersetzt am Ende des Tages Textverarbeitung A durch Textverarbeitung B. Gleichzeitig steht nicht nur die Erneuerung bzw. das Update der Arbeitsplatzsoftware im Fokus, sondern der Ausbau der Digitalisierung und der digitalen Infrastruktur in unserem Lande. Denken wir an die Einführung neuer Anwendungen der Künstlichen Intelligenz, an die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, neue und innovative Datenauswertungen, die Weiterentwicklung von Datenschutz und Datensicherheit, digitale Lern- und Schulplattformen, Digitales Coworking, ein sicheres Homeoffice, digitaler Bürgerservice, autonomes Fahren, intelligente Stromnetze, landesweite WLANs oder ein Landesdigitalisierungsgesetz – nur wenige Stichworte aus der großen Welt der Digitalisierung. Für all diese Projekte braucht unser Land engagierte IT-Experten. Es ist also auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe, auch für unser Digitalisierungsministerium, sowohl unseren Dienstleister Dataport dabei zu unterstützen, sich leistungsstark und flexibel aufzustellen, als auch systematisch die guten IT-Dienstleister hier im Lande, ob groß, klein oder ganz klein als Solo-Selbständige, in die Digitalisierung unseres Landes einzubinden.

Ich wünsche diesem großen Projekt der Open-Source-Umstellung am Arbeitsplatz viel Erfolg und freue mich auf eine regelmäßige Berichterstattung über die Fortschritte und Erfolge durch Sie, Herr Minister.“